

Erwerbstätigkeit muss sich lohnen

Martin Bäumlé, Nationalrat, Präsident Grünliberale Partei Schweiz

Unser Steuer- und Sozialsystem beinhaltet verschiedene Anreize oder eben Fehlanreize, die eine gemeinsame Erwerbstätigkeit von Eltern mit kleinen Kindern wenig attraktiv machen. Eine Annahme der Familieninitiative würde diese noch verstärken.

Schon heute steigt bei Doppelverdienern die absolute und aufgrund der Progression auch die prozentuale Steuerbelastung stark an. Dazu gibt es aufgrund des höheren Einkommens der Familie keine staatliche Unterstützungsleistungen wie beispielsweise Krankenkassenverbilligungen. Schliesslich kommen noch die Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung dazu, die oftmals ebenfalls progressiv ausgestaltet sind. Einfach zusammengefasst: Gerade gut ausgebildete Eltern, mit einem potenziell relativ guten Einkommen, haben oft keinen oder nur einen sehr geringen finanziellen Anreiz für eine beidseitige Erwerbstätigkeit.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist es aber wünschenswert, dass gut ausgebildete Eltern dem Arbeitsmarkt erhalten bleiben. Damit leisten diese Eltern einen wichtigen Beitrag für unsere Wirtschaft und über die Steuern und Sozialabgaben auch für unsere Gesellschaft. Es ist deshalb sinnvoll und nichts anderes als gerecht, wenn Eltern nicht einen grossen Teil des Zweiteinkommens über die Kinderbetreuungskosten und die Steuern wieder abgeben müssen. Erwerbstätigkeit muss sich in jedem Fall lohnen.

Nach einer langen Diskussion im Parlament wurde deshalb per 1. Januar 2011 ein Abzug der Kosten für die familienexterne Kinderbetreuung eingeführt. Der Entscheid des National- und Ständerats kam einem Kompromiss gleich und soll der tieferen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von beidseitig berufstätigen Eltern Rechnung tragen, die aufgrund der Kosten für die familienexterne Kinderbetreuung entsteht.

Dieser moderate Steuerabzug deckt zwar oft nicht die ganzen Kosten der familienexternen Kinderbetreuung, aber immerhin einen Teil davon. Der Abzug basiert zudem auf einer logischen und steuertechnisch konsistenten Überlegung: Die Kosten, welche Eltern für die familienexterne Kinderbetreuung aufbringen müssen, stehen genau wie die Kosten für die auswärtige Verpflegung oder sonstige Berufsauslagen in direktem Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit und senken damit das verfügbare Einkommen.

Eine Annahme der Familieninitiative würde dazu führen, dass sich die negativen Erwerbsanreize bei Eltern mit Kindern im Vorschulalter wieder deutlich erhöhen würden. Das hätte wirtschafts- und gesellschaftspolitisch schlechte Auswirkungen. Unseren Unternehmen entgingen gut ausgebildete Arbeitskräfte und dem Staat und der Gesellschaft wichtige Steuer- und Sozialeinnahmen. Die betroffenen Familien wurden zudem gleich doppelt bestraft, da die aufgrund der Familieninitiative zu erwartenden Steuerausfälle in Milliardenhöhe wohl wieder dem Mittelstand angelastet würden.

Wer wie die Grünliberalen für eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik einsteht, lehnt die Familieninitiative klar ab.